

Senatsbeschlüsse

der 187. Sitzung des Senats

am 27.11.2018, 11:15 Uhr

- 4568.) Bekanntmachung über die Durchführung des Schwerbehindertenrechts  
(Vorlage 2516/19)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2516/19 die  
Bekanntmachung über die Durchführung des Schwerbehindertenrechts und  
deren Veröffentlichung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

- 4569.) Gesetz zur Änderung des "Bremischen Gesetzes über die Schiffssicherheit  
in der Binnenschifffahrt"  
(Vorlage 2517/19)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2517/19 den Entwurf des  
Gesetzes zur „Änderung des Bremischen Gesetzes über die Schiffssicherheit  
in der Binnenschifffahrt (BremBinSchSiG)“ sowie die Mitteilung des Senats  
und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der  
Bitte um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung in der nächsten  
Sitzung.

- 4570.) Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V.  
Wiederbesetzung der Vorstandsmandate  
(Vorlage 2518/19)
- 

Beschluss:

Der Senat schlägt entsprechend der Vorlage 2518/19 der Metropolversammlung der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V. Herrn Bürgermeister Dr. Carsten Sieling für das Land Bremen und Herrn Staatsrat Ronny Meyer für die Stadtgemeinde Bremen zur Wahl in den Vorstand vor.

- 4571.) Kommunalverbund Niedersachsen / Bremen e.V.  
Wiederbesetzung der Vorstandsmandate  
(Vorlage 2519/19)
- 

Beschluss:

Der Senat schlägt entsprechend der Vorlage 2519/19 der Mitgliederversammlung des Kommunalverbund Niedersachsen / Bremen e.V. Herrn Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, Herrn Dr. Dirk Kühling sowie Herrn Dr. Arne Sünnemann für die Stadtgemeinde Bremen im Vorstand des Kommunalverbunds Niedersachsen / Bremen e.V. vor.

- 4572.) Dürre 2018 – ein außergewöhnliches Naturereignis  
Hilfsmaßnahmen für die landwirtschaftlichen Betriebe im Land Bremen  
(Vorlage 2520/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2520/19 die vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr durchgeführten und eingeleiteten Hilfsmaßnahmen mit 272 TEUR (davon 50% aus Bundesmitteln) für die landwirtschaftlichen Betriebe im Land Bremen aufgrund der Dürre 2018 zur Kenntnis.

2. Der Senat nimmt die Finanzierung zur Kenntnis und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Beschlussfassung in der Fachdeputation herbeizuführen.

4573.) Bericht des Senats über die nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH 2017  
(Vorlage 2521/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.11.2018)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.11.2018 den Bericht über die Aktivitäten der nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4574.) "Was wurde aus den Ermittlungen zum mutmaßlich islamistisch motivierten Raubüberfall in Osterholz-Scharmbeck?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)  
(Vorlage 2522/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2522/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4575.) Integriertes Entwicklungskonzept Grohn  
Umsetzungsstand  
(Vorlage 2523/19)

---

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2523/19 den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderungen:

Im Zwischenbericht werden beim „Projekt 4.2 Aufstockung der Schulsozialarbeit“

- der dritte Satz unter „Kurzbeschreibung des Projektes/der Projektziele:“ wie folgt formuliert: „Die beiden oben genannten Schulen erhielten aufgrund der vorliegenden Problemlagen zusätzliche Ressourcen.“
- die drei Spiegelpunkte unter „Bisher realisiert:“ wie folgt formuliert:
  - Stand Herbst 2018: 1,75 Stellen für Schulsozialarbeiter/-innen konnten neu geschaffen werden. Alle Ressourcen, die den Schulen zugeteilt wurden, konnten durch Stellenbesetzungen umgesetzt werden.
  - Grundschule Am Wasser: 1,75 Stellen Schulsozialarbeit sind mit drei Kolleginnen besetzt. Eine 0.5 Stelle ist durch die Langzeiterkrankung einer Kollegin nicht ausgefüllt. Die Stelle wird aktuell von den beiden verbleibenden Kolleginnen vertreten.
  - Gerhard-Rohlf's-Oberschule: Insgesamt vier Stellen besetzt (jeweils 2 volle Stellen in den Bereichen Schulsozialarbeit und Schulsozialpädagogik im Ganztag).“

4576.) Freigabe der Baumittel für den Forschungsbau Zentrum für Tiefseeforschung des MARUM an der Universität Bremen (Vorlage 2524/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2524/19 die Baumaßnahme „Forschungsbau Zentrum für Tiefseeforschung des MARUM an der Universität Bremen“ mit Mitteln in der Gesamthöhe von 37,9 Mio. €.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen die zusätzliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 37,9 Mio. € zu Lasten der veranschlagten VE bei der Zentralen Investitionsreserve zu berücksichtigen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die notwendige Zustimmung beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
4. Der Senat stimmt der Vorabdotierung der Mittel für die Maßnahme „Forschungsbau Zentrum für Tiefseeforschung des MARUM an der Universität Bremen“ der Einplanung im Rahmen der Fortschreibung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für das Jahr 2022 i. H. v. 7,5 Mio. € und 2023 i. H. v. 7,5 Mio. € zu.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorab-dotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

4577.) EFRE-Programm Land Bremen 2014-2020:  
Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-2020  
Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von  
Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)  
Phase B für den Zeitraum ab 2019  
(Vorlage 2525/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft,  
Arbeit und Häfen vom 26.11.2018)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 26.11.2018 den in Phase B für den Zeitraum 2019-2021 des Maßnahmenpakets Innovationspolitik geplanten Aktivitäten zur Förderung von Clustern, Netzwerken, des Wissens- und Technologietransfers sowie der Förderung einzelbetrieblicher Innovations- und Verbundprojekte (FEI) mit einem Mittelvolumen von 6.300.000 € zu. Er stimmt, vorbehaltlich der positiven Prüfung der erforderlichen EFRE-Anträge, einer Finanzierung aus dem EFRE-Programm 2014 – 2020 des Landes Bremen zu.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen für das „Maßnahmenpaket Innovationpolitik 2016-2020 - Phase B“ und den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019-2021 i.H.v. insgesamt 6.300.000 € zu. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär innerhalb des Ressorthaushalts zu berücksichtigen.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

- 4578.) EFRE-Programm Land Bremen 2014 – 2020:  
Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)  
Clustermanagement Luft- und Raumfahrt  
Phase B für den Zeitraum ab 2019  
(Vorlage 2526/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft,  
Arbeit und Häfen vom 26.11.2018)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 26.11.2018 der Umsetzung der Phase B für den Zeitraum 2019–2021 des Bremer Luft- und Raumfahrtforschungsprogramm 2020 sowie den Maßnahmen des Clustermanagements Luft- und Raumfahrt mit einem Mittelvolumen von 5.570.000 € zu. Er stimmt, vorbehaltlich der positiven Prüfung der erforderlichen EFRE-Anträge, einer Finanzierung aus dem EFRE-Programm 2014 – 2020 des Landes Bremen zu.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen für die beschriebenen Maßnahmen und den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019-2021 i.H.v. insgesamt 5.570.000 € zu. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/ 2021 die Maßnahmen innerhalb des Ressorthaushalts prioritär zu berücksichtigen.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

- 4579.) Abgrenzung der Wahlkreise für die Wahlen zum Deutschen Bundestag  
(Vorlage 2527/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat spricht sich entsprechend der Vorlage 2527/19 dafür aus, keine Änderungen beim Zuschnitt der Bundestagswahlkreise 54 und 55

vorzunehmen. Der Senat bittet den Präsidenten des Senats, dies dem Vorsitzenden der Wahlkreiskommission bis zum 28. November 2018 mittels des Schreibens aus Anlage 14 mitzuteilen.

2. Der Senat stellt fest, dass unter „B. Lösung“ im ersten Satz nach dem Wort „dafür“ das Wort „aus“ ersatzlos gestrichen wird.

4580.) Nachtragshaushalt der Stadt Bremerhaven  
für das Haushaltsjahr 2018  
(Vorlage 2528/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat genehmigt entsprechend der Vorlage 2528/19 die Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2018 nach § 118 Abs. 4 Nr. 1 Landeshaushaltsordnung (LHO) hinsichtlich der Gesamtbeträge der Verpflichtungsermächtigungen und der Kredite.
2. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Genderprüfung“ folgender Satz ergänzt wird: „Auch hinsichtlich der Einhaltung des Konsolidierungspfades ergeben sich keine Auswirkungen.“

4581.) "Gewerbeflächenangebot, Bestandspflege und urbane Gebiete weiterentwickeln!"  
(Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
(Vorlage 2529/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2529/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4582.) "Nutzt Bremen die Chancen der autonomen und digital vernetzten Mobilität?"  
(Große Anfrage der Fraktion der FDP)  
(Vorlage 2530/19)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2530/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 02.10.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderung:  
In der Antwort auf Frage 17 wird im ersten Satz das Wort „Gefäßgrößen“ ersetzt durch das Wort „Fahrzeuge“.

- 4583.) Besetzung des Aufsichtsrates der Gesundheit Nord gGmbH - Klinikverbund Bremen  
(Vorlage 2531/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2531/19, den Aufsichtsrat der Gesundheit Nord gGmbH - Klinikverbund Bremen mit Frau Christa Meyer als Nachfolgerin für Frau Heike Penon zu besetzen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.

- 4584.) Bremisches Gesetz zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz)  
(Vorlage 2532/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2532/19, den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung in 1. und 2.

Lesung noch in der nächsten Sitzung unter der Maßgabe folgender Änderung:

Im Gesetz wird in Artikel 1 vor der Angabe „§ 14 Satz 2“ das Wort „In“ eingefügt.

2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen rechtzeitig im Jahr 2020 einen Bericht über die Anwendung des Gesetzes und ggf. Änderungsvorschläge vorzulegen.

4585.) Änderungsgesetz zum Bremischen Wassergesetz zur Übertragung von Ausbaupflichten für Hochwasserschutzanlagen am linken Weserufer (Vorlage 2533/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 26.11.2018)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 26.11.2018 zur Kenntnis, dass die Aufgabe der Projektträgerschaft im Bereich der Stadtstrecke nach Fertigstellung der Vorplanung (Lph. 1 und 2 HOAI) auf das Land Bremen vertreten durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr übergehen soll.
2. Der Senat stimmt der Refinanzierung von 3,5 Stellenvolumen aus Landesmitteln des Küstenschutzes bis Ende 2019 zu. Über die weitere Finanzierung wird im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 beraten.
3. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ihm ein detailliertes Konzept zum Ausbau der Stadtstrecke und deren Gesamtfinanzierung der Anteile des Deichbaus, des Städtebaus und des Verkehrs zum Jahresende 2019 vorzulegen.

4. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) mit der Vorlage zu befassen.
5. Der Senat stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes zur Übertragung von Ausbaupflichten für Hochwasserschutzanlagen am linken Weserufer zu.
6. Der Senat beschließt die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung in der 1. und 2. Lesung in der nächsten Sitzung.

4586.) Aussetzen der Preiserhöhung des Stadttickets im Jahr 2019  
(Vorlage 2534/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2534/19 dem Aussetzen der Preisanpassung des Stadttickets Bremen im Jahr 2019 zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr das Konzept und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die geltende Vereinbarung zum Stadtticket mit dem VBN entsprechend anzupassen.
2. Der Senat beschließt, den Mehrbedarf von 320.000 € p.a. ab 2020 zugunsten der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr jeweils zu 50% als Vorabdotierung in die Finanzplanung einzustellen und bittet die Senatorin für Finanzen um Umsetzung.
3. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport den Mehrbedarf von 320.000 € p.a. ab 2020 jeweils zu 50% für die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den

Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

4. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle oder personalwirtschaftliche Auswirkungen und Genderprüfung“ im zweiten Absatz, zweiter Satz die Zahl „2019“ ersetzt wird durch die Zahl „2020“ sowie die Zahl „3,62“ ersetzt wird durch die Zahl „3,92“.

4587.) Entwurf einer Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Vorlage 2535/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2535/19 den anliegenden Entwurf einer Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Entwurf
  - a) gemäß § 53 Beamtenstatusgesetz und § 93 Bremisches Beamtengesetz, § 39a Richterergesetz den zu beteiligenden Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und
  - b) entsprechend dem Beschluss der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Stellungnahme zuzuleiten.
2. Der Senat beschließt, dass vorbehaltlich der abschließenden Senatsbefassung für den Bereich des Landes und der Stadtgemeinde Bremen Abschlagszahlungen ab dem 1. Januar 2019 auf der Basis des Artikels 3 des Entwurfs (Änderung der Bremischen Erschwerniszulagenverordnung) geleistet werden. Die Zahlungsempfängerinnen und Zahlungsempfänger sind durch den Senator für Inneres auf den Vorbehalt der Abschlagszahlung schriftlich hinzuweisen.

4588.) "Mehr Gesundheitsschutz und Prävention durch Drugchecking?"  
(Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD)  
(Tischvorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und  
Verbraucherschutz vom 22.11.2018)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Tischvorlage der Senatorin für  
Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 22.11.2018 die  
Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und  
der SPD vom 18.09.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren  
Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um  
Kenntnisnahme.